**Dokumentation zur
Kalkulation der**

Schmutzwassergebühren,

der Gebühren für die Abfuhr von Abwasser
aus abflusslosen Gruben, von Fäkalschlamm
aus Hauskläranlagen und sowie

Niederschlagswassergebühren

2021/2022

1. Kalkulationsgrundlagen

Rechtsgrundlage für die Erhebung von Gebühren als Gegenleistung für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen ist § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017.

Die Gebühren wurden nach Maßgabe des § 5 Abs. 2 Satz 1 NKAG auf Grundlage betriebswirtschaftlicher Methoden berechnet.

In die Kalkulation wurden die Kosten der Betriebsführung, für die Ableitung des Woltemer Abwassers nach Bomlitz, Gebühren und Beiträge, für Dienstleistungen der Stadt Soltau, die kalkulatorischen Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen als Kostenpositionen aus dem Wirtschaftsplan 2020 sowie aus der Ermittlung des Finanzmittelbedarfes für die Jahre 2021 und 2022 übernommen. Da die kalkulatorischen Zinsen auf verschiedene Weise berechnet werden können, wurden dem Rat wie bereits in der vorangegangenen Kalkulation zwei Alternativen vorgeschlagen.

Die Kosten wurden um die zu erwartenden Erträge verringert, so dass sich die insgesamt ansatzfähigen Kosten für jedes einzelne Jahr ergeben.

2. Kalkulatorische Kosten

2.1 Kalkulatorische Abschreibungen

Zu den kalkulatorischen Kosten gehören die kalkulatorischen Abschreibungen. Grundlage für den Ansatz von Abschreibungen bilden die zu führenden Anlagennachweise gemäß §§ 47 ff. der KomHKVO in der Fassung vom 18.04.2017.

Die Abschreibungen sollen nach der mutmaßlichen Nutzungsdauer oder Leistungsmenge gleichmäßig bemessen werden, d.h. es wird eine lineare Abschreibung gefordert. Die kalkulatorische Abschreibung ergibt sich somit aus der Division der Anschaffungskosten durch die Nutzungsdauer.

Für die Bestimmung einer zutreffenden Nutzungsdauer liefern neben den Herstellerangaben oder eigenen praktischen Erfahrungen vor allem die von der Bundesfinanzverwaltung im Benehmen mit den Fachverbänden der Wirtschaft herausgegebenen AfA-Tabellen oder die Tabellen der KGSt Anhaltspunkte.

Die Abschreibungswerte werden aus den aktuellen Anlagennachweisen des Eigenbetriebes Stadtentwässerung fortgeschrieben. Sie wurden auf Basis der Anschaffungs- und Herstellungskosten zum jeweiligen Jahr hochgerechnet und mit gleichem Verfahren wie schon in der vorherigen Kalkulationsperiode berücksichtigt.

2.2 Kalkulatorische Verzinsung

Nach § 5 Abs. 2 Satz 4 NKAG gehört zu den Kosten auch eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals. Ausgangswert der Verzinsung bilden die Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich des sog. Abzugskapitals.

In Niedersachsen ist nicht höchstrichterlich geklärt, ob als Abzugskapital die Ursprungs-Beiträge bzw. –Zuschüsse/Fördermittel oder die um die Auflösungsbeträge fortgeschriebenen Restbuchwerte abzuziehen sind. Würde das volle Abzugskapital abgezogen, so dürften Zins-kosten keinen Ansatz mehr in der

Kalkulation finden, da der Wert des Abzugskapitals den Restbuchwert des Anlagevermögens überschreitet. Folglich könnten nicht einmal mehr die tatsächlichen Zinsen über die errechnete Gebühr refinanziert und absichtlich eine Kostenunterdeckung hervorgerufen werden. Diese müsste dann über den allgemeinen städtischen Haushalt finanziert werden. Daher werden wie in der letzten Kalkulationsperiode empfohlen, als Abzugskapital die verminderten Restbuchwerte anzusetzen.

Welcher Zinssatz als angemessen anzusehen ist, entscheiden die Gemeinden nach Maßgabe der Kapitalbindung in der jeweiligen öffentlichen Einrichtung selbst. Das NKAG bezieht sich grundsätzlich auf kalkulatorische Zinsen. Da öffentliche Einrichtungen in der Regel teilweise eigen- und fremdfinanziert sind, sollte im Hinblick auf das im Haushaltsrecht geltende Gesamtdeckungsprinzip das gesamte betriebsnotwendige Kapital (d.h. sowohl für das aufgewendete Eigen- als auch für das aufgenommene Fremdkapital) zweckmäßigerweise mit einem einheitlichen kalkulatorischen Mischzinssatz verzinst werden. Bisher wurde die Höhe der tatsächlichen Zinsen angesetzt, die dem Rat wie bereits in der vorherigen Kalkulation als Alternative vorgeschlagen werden soll. Sie wurden aus dem Wirtschaftsplan 2020 und der Ermittlung des Finanzmittelbedarfes für die Jahre 2021 und 2022 entnommen.

Die Wahl des anzusetzenden Misch-Zinssatzes als einheitlicher kalkulatorischer Zinssatz für das gesamte aufgewandte Kapital hat sich innerhalb der als „angemessen“ zu betrachtenden Grenzen zu vollziehen. Da jedoch eine Definition dieses Begriffes weder in der nds. Literatur, noch in der nds. Rechtsprechung erfolgt, lässt sich die Obergrenze des als angemessen anzusehenden Zinssatzes daraus nicht konkretisierbar ableiten. Zur Beantwortung der Frage des anzulegenden Zinssatzes kann aber das Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) mit seinem Urteil vom 05.08.1994 (9 A 1248/92) herangezogen werden, welches eine Grundlage über die Herangehensweise zur Ermittlung des Zinssatzes geschaffen hat und dies in ständiger Rechtsprechung immer wieder bestätigt wird. Hierfür sind die Zinssätze für das jeweilige Fremd- und Eigenkapital zu ermitteln. Als Obergrenze für das Fremdkapital gilt der tatsächlich gezahlte Zinssatz. Die Eigenkapitalverzinsung ist durch Untersuchung der langjährigen Durchschnittswerte der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapiere inländischer öffentlicher Emittenten zu ermitteln. Für die Höhe der FK- und EK-Zinsen können aber nicht die in der jeweiligen Gebührenperiode am Kapitalmarkt herrschenden Verhältnisse maßgeblich sein, sondern nur langfristige Durchschnittsverhältnisse betrachtet werden. Welcher Zeitraum der Betrachtung zu Grunde zu legen ist, wird stark in der Literatur diskutiert. Nach Maßgabe des VG Düsseldorf ist die Berechnung des kalkulatorischen Zinssatzes auf Grundlage des Urteils des Oberverwaltungsgerichtes NRW (Urteil vom 13.04.2005 – 9 A 3120/03) innerhalb der letzten 50 Jahre vorzunehmen. Andere Sichtweisen raten zu einem Durchschnitt aus den letzten 20 – 40 Jahren.

Hintergrund: Die Ausrichtung des kalk. Zinssatzes für die gesamte Einrichtung erscheint problematisch, da stets neu investiert wird. Zwar beträgt die zu erwartende Nutzungsdauer für Kanäle zwischen 50 – 100 Jahre, andererseits besteht eine Entwässerungseinrichtung in nicht unerheblichem Maße aus Anlagegütern, deren Nutzungsdauer erheblich unter 40 Jahre liegt (bspw. maschinelle Teile, Regenbehandlungsbecken oder Pump- und Hebewerke). Ferner ist zu Bedenken, dass mit Ausweitung des Betrachtungszeitraumes die Zinssätze ansteigen. Aufgrund

der bisherigen Erfahrungen wird, wie bereits zur vorherigen Kalkulation, ein Betrachtungszeitraum von 30 Jahren als angemessen erachtet.

Ausgehend von den bekannten Emissionsrenditen der Deutschen Bundesbank ergibt sich für die vorliegende Kalkulation 2021/2022 für einen 30jährigen Zeitraum ein Zinssatz des Eigenkapitals i.H.v. 3,79 % (für 2019: 3,9 % und für 2020: 3,67 %).

Dieser Zinssatz bildet nur die Anlagezinsen ab, so dass der Zinssatz um bis zu 0,5 % erhöht werden darf, um die höheren Kreditzinsen des Fremdkapitals berücksichtigen zu können. Unter Einbeziehung eines 0,5 %-igen Zuschlags ergibt sich damit ein Mischzinssatz i.H.v. 4,29 %, der für den Kalkulationszeitraum angerechnet wird.

3. Kalkulationszeitraum

Im NKAG § 5 Abs. 2 Satz 2 wird die maximale Zeitspanne für Kalkulation von Benutzungsgebühren auf 3 Jahre begrenzt. Um Über-/Unterdeckungen der Nachkalkulationen rechtssicher in künftigen Kalkulationsperioden berücksichtigen zu können, wird erneut ein Kalkulationszeitraum von 2 Jahren vorgeschlagen.

4. Erläuterungen zu den wesentlichen Kalkulationsinhalten

4.1 Datengrundlagen für die Berechnung der Gebühren

Als Grundlage für die Berechnung der kostendeckenden Gebührenobergrenzen wurden folgende Unterlagen herangezogen:

- der Wirtschaftsplan 2020 der Stadtentwässerung
- der aktualisierte Anlagennachweis für die Schmutz- und Niederschlagswasserkanalisation sowie dessen Fortschreibung auf die Jahre 2021 und 2022,
- das Betriebsführungsentgelt (vgl. Pkt. 4.2),
- geplante Investitionen und sonstige Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten sowie Betriebsausgaben der neuen Kalkulationsperiode (vgl. Pkt. 4.2),
- die voraussichtlichen Abwassermengen bzw. Abfuhrmengen bzw. die voraussichtlich zu beachtende versiegelte Grundstücksfläche,
- die tatsächlich zu zahlenden Zinsen für die Jahre 2021/2022 und alternativ kalkulatorischen Zinsen dieser Jahre sowie
- die Nachkalkulation des Jahres 2017 und 2018

4.2 Laufende Kosten

Die als ansatzfähige Kosten in der Kalkulation angesetzten Positionen wurden dem Wirtschaftsplan 2020 sowie der Ermittlung des Finanzmittelbedarfes für die Jahre 2021 und 2022 der Stadtentwässerung entnommen. Wie in der vorherigen Kalkulation wurden die Aufwandspositionen „Betriebsführungsentgelt“, „allgemeiner Aufwand“ sowie „Dienstleistungen der Stadt“ zwischen den Sparten Schmutzwasser und Niederschlagswasser mit einem Verteilungsschlüssel 80:20 festgelegt. Der Verteilungsmaßstab wurde von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken und dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung überprüft. Der o. g. Maßstab ist im Ergebnis nicht anzupassen. Die Verwaltung schlägt in Absprache mit dem Eigenbetrieb vor, den Verteilungsmaßstab von 80:20 weiterhin festzulegen.

Hauptposition der Aufwendungen ist das an die Stadtwerke Soltau zu entrichtende Betriebsführungsentgelt. Der Ansatz wurde auf Basis der vergangenen Steigerungsraten, allgemeiner Kostensteigerungen sowie den tariflichen Personalkostensteigerungen angepasst.

4.3 Nicht berücksichtigungsfähige Kosten

Im Hinblick auf die Kalkulation von Benutzungsgebühren (als Teilgebiet des internen Rechnungswesens) liegt dem kommunalen Abgabengesetz der wertmäßige Kostenbegriff zugrunde und muss vom externen Rechnungswesen unterschieden werden. Als Kosten ist der Werteverzehr in einer Rechnungsperiode zur betrieblichen Leistungserstellung zu verstehen (Zweckaufwand). Neutraler Aufwand (periodenfremd, außerordentlich oder betriebsfremd) gehört nicht zum Zweckaufwand und kann daher nicht in die Gebührenkalkulation einbezogen werden. Vorliegend sind beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung Wertberichtigungen auf Forderungen i.H.v. rund 2.500 € aus den Jahren 2017 und 2018 angefallen. Die entsprechenden Kostenpositionen konnten als neutraler Aufwand keinen Eingang in die Gebührenerkalkulation finden. Für die aktuelle Gebührenkalkulation 2021/2022 wurden insgesamt 8.000 € als neutraler Aufwand nicht berücksichtigt.

4.4 Berücksichtigung eines Anteils für die Oberflächenentwässerung

Die vom Oberflächenwasser, das von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in die Abwasserbeseitigung fließt, verursachten Kosten müssen von den Straßenbaulastträgern beglichen werden. Denn die Straßenentwässerung (mit Sinkkästen und Zuleitungen) gehört zur Straßenbaulast und ist daher rechtlich nicht Aufgabe des Trägers der öffentlichen Einrichtung Abwasserbeseitigung (vgl. § 96 Abs. 3 Nr. 2 NWG i.V.m. § 2 Abs. 2 Nr. 1 und § 9 NStrG - und Driehaus Kommunalabgaberecht, Bearbeiter: Brüning Rn. 352f).

Wie in den vorherigen Kalkulationen auch, wird bei der Berechnung der Niederschlagswassergebühren der städtische Anteil der Oberflächenentwässerung berücksichtigt und gebührenmindernd angerechnet. Die bisher dafür zugrunde gelegten 40,51 % werden unverändert beibehalten.

In der Kalkulation der zentralen und dezentralen Schmutzwassergebühr wird bei den Kosten der Schmutzwasserbeseitigung/-reinigung kein Anteil für die Straßenentwässerung abgezogen, da die Stadt Soltau im Trennsystem entwässert.

4.5 Bemessungsgrundlagen

4.5.1 Schmutzwassergebühr - zentrale Einrichtung

Da sich Menge und Verschmutzungsgrad der Abwässer nur mit einem sehr hohen Aufwand feststellen lassen, werden die Abwassergebühren nach dem modifizierten Frischwassermaßstab berechnet. Die Bemessungsgrundlagen werden stets überprüft und für die anstehende Kalkulationsperiode hochgerechnet. In Absprache mit dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung sowie im Rückblick auf die vergangenen Jahre wird für die Jahre 2021/2022 mit einer Steigerung von 35.000 m³ gerechnet. Damit erhöht sich die abrechnungsfähige Menge auf 1.135.000 m³.

4.5.2 Schmutzwassergebühr - dezentrale Einrichtung

Die Abwassermengen der dezentralen Schmutzwasserbeseitigung werden in die Mengen aus geschlossenen Gruben und Hauskläranlagen unterschieden, da hier wesentliche Unterschiede im Verschmutzungsgrad vorliegen.

Als ansatzfähige Bemessungsgrundlage wurden die bisherigen Abfuhrmengen der Vorjahre herangezogen. Für die Kleinkläranlagen ergibt sich eine Bemessungsgrundlage von 368 m² und für die geschlossenen Gruben von 177 m².

In Einzelfällen erfolgt trotz Terminvereinbarung eine vergebliche An- und Abfahrt des Entsorgers. Diese Leistung wurde ebenfalls im neu vergebenen Dienstleistungsauftrag vorgesehen und ist wie bereits in der vorherigen Kalkulation 2019/2020 mit 59,50 € angesetzt. Sie ist auf den Verursacher umzulegen.

4.5.3 Niederschlagswassergebühr

Als Bemessungsgrundlage für die Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung wurde von der Stadt Soltau die tatsächlich versiegelte Fläche der Grundstücke festgelegt. Nach Absprache mit der Stadtentwässerung und unter Hinzuziehung der Vorjahre wird eine versiegelte Fläche von 1.588.000 m² pro Jahr erwartet und eingestellt.

4.5.4 Gebühr für Drainagewasser und Kühlwasser

Für Drainagewasser und Wasser aus der Wasserhaltung wurde erstmalig zur Kalkulation 2019/2020 eine Satzungsregelung aufgrund der angefallenen Kosten und verbrauchter Mengenangaben aufgenommen. Die Satzungsregelung war erforderlich um Großeinleitern eine den aktuellen Verhältnissen entsprechende Abrechnung ermöglichen zu können. In den RW-Kanal dürfen außer flächenbezogenem Niederschlagswasser auch Drainagewasser, unbelastetes Wasser aus Wasserhaltung von Baustellen und lediglich durch Aufwärmung belastetes, ansonsten nicht verunreinigtes Kühlwasser eingeleitet werden, sofern die Untere Wasserbehörde nichts Anderes regelt. Für jede Einleitung ist vorher bei der Stadt Soltau, Eigenbetrieb Stadtentwässerung, eine Genehmigung zu beantragen. Es können zeitliche oder mengenmäßige Beschränkungen ausgesprochen werden.

Bei dauerhafter Einleitung von Drainagewasser wird die Einleitmenge geschätzt, wenn keine Mengenummessung möglich ist. Bei Wohnbebauung kann hilfsweise als Bemessungsmaßstab die 1,5-fache Grundfläche des durch Drainage entwässerten Objektes zugrunde gelegt werden. Über diese Grundfläche wird über die jeweils aktuelle Niederschlagswassergebühr die Drainagewasser - Gebühr ermittelt (€/m²).

Bei einer mengenmäßigen erfassten Einleitung aus den übrigen Fällen wird die mittlere Niederschlagsmenge von 600 mm/a, die der Regenwassergebühr zugrunde liegt, in m³ umgerechnet. Es entsteht eine Niederschlagswassereinleitmenge von 0,6 m³/(m² x a). Daraus ergibt sich mit der jeweils aktuellen Niederschlagswassergebühr derzeit 0,35 €/(m² x a):0,6 m³/(m² x a) = 0,60 €/m³.

Unter Berücksichtigung der sich aus der aktuellen Kalkulation ergebenden Niederschlagswassergebühr für 2021/2022 erhöht sich die Gebühr unter Hinzuziehung der tats. Zinsen auf 0,65 €/ m³ und unter Berücksichtigung der kalk. Zinsen auf 0,86 €/ m³.

Diese Gebühr stellt vor dem Hintergrund der Gebühr für die Einleitung in den SW-Kanal (derzeit 2,67 €/cbm) weiterhin eine geringere Belastung für die Gebührenpflichtigen dar.

5. Über- / Unterdeckung der Vorjahre

Nach § 5 Abs. 2 Satz 3 NKAG soll das Gebührenaufkommen die Kosten der jeweiligen Einrichtung decken, jedoch nicht überschreiten. Dieses Kostendeckungsgebot ist allerdings auch gleichzeitig ein Kostenüberschreitungsverbot. Gebührensätze sind so zu veranschlagen, dass das innerhalb einer Rechnungsperiode auf der Grundlage der satzungsmäßigen Maßstabseinheiten zu erwartende Gebührenaufkommen die für diesen Zeitraum zu erwartenden ansatzfähigen Kosten nicht übersteigt. Stellt sich trotz rechtskonformer Kalkulation eine Kostenunterdeckung heraus, sollte wegen des Kostendeckungsprinzips der Minderbetrag innerhalb der nächsten 3 Jahre ausgeglichen werden. Ergeben sich Kostenüberdeckungen, müssen diese aufgrund des Kostenüberschreitungsverbot innerhal von 3 Jahren ausgeglichen werden. Der vorherige Kalkulationszeitraum umfasste die Jahre 2019-2020, so dass der Saldo aus der Nachberechnung bis 2023 berücksichtigt werden muss und in der nächsten Kalkulationsperiode 2023/2024 berücksichtigt wird. Im vorherigen Kalkulationszeitraum wurden auf Vorschlag der Verwaltung mit Beschluss des Rates vom 01.11.2018 bereits die Über- und Unterdeckungen der Jahre 2015 und 2016 entschieden. Nunmehr verbleibt der Ausgleich der Über- und Unterkostendeckung aus dem Kalkulationszeitraum 2017 – 2018.

6. Gebührensätze

Die für den Zeitraum von 2021 - 2022 mit Ausgleich der Über- und Unterdeckungen der Vorjahre und in Abhängigkeit des Ansatzes der tatsächlichen bzw. kalkulatorischen Zinsen ermittelten kostendeckenden Gebühren betragen:

Gebührentatbestand	Aktuelle Gebühr	Gebühr mit tats. Zinsen		Gebühr mit kalk. Zinsen	
Zentrale Schmutzwasserbeseitigung geschlossene Gruben	2,67 €	2,67 €	+ - 0,0	3,26 €	+ 0,59 €
Hauskläranlagen	27,57 €	27,72 €	+0,15 €	28,09 €	+ 0,52 €
Vergebliche Anfahrt	52,05 €	53,28 €	+1,23 €	55,97 €	+ 3,92 €
Niederschlagswasserbes.	59,50 €	59,50 €	+ - 0,0 €		
Gebühr für Drainagewasser bzw. Kühlwasser	0,35 €	0,39 €	+0,04 €	0,52 €	+ 0,17 €
	0,60 €	0,65 €	+0,05 €	0,86 €	+ 0,26 €

Schlote

2. Herr Holldorf z.K.

3. Herr Lemke z.K.

4. Herr Röbbert z.K.